

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 23.09.2014: öffentlich TOP 1

Stellungnahme der Landeshauptstadt München zu den Verhandlungen des transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und USA

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V00558

Änderungs- und Ergänzungsantrag

<p>1. geänderte und ergänzte Forderungen</p> <p>(Bezugnahme zu Punkt 4.2. des Vortrags)</p>	<p>Der Stadtrat beschließt die zwölf Forderungen an das TTIP wie in 4.2. aufgeführt mit nachfolgenden Änderungen. Der Forderungskatalog ist damit Leitlinie für die Position der Landeshauptstadt München zu internationalen Handelsabkommen.</p> <p>Die Landeshauptstadt München</p> <p>Forderung 1. NEU nimmt die Sorgen in der Bevölkerung gegenüber dem Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU und anderen ähnlichen Abkommen ernst. Über weitreichende Errungenschaften unserer Gesellschaft wie die öffentliche Daseinsvorsorge, Umwelt- und Verbraucherstandards, Arbeitnehmerrechte oder Sozialstandards wird direkt oder indirekt verhandelt. Durch die fehlende Transparenz ist für die Menschen nicht nachvollziehbar, wie der aktuelle Sachstand der Verhandlungen tatsächlich ist. Deshalb muss sich die Stadt kritisch mit dem Abkommen und anderen auseinandersetzen. Um verlorengegangenes Vertrauen wieder zu erlangen, braucht es einen Neustart der Verhandlungen unter Berücksichtigung folgender Forderungen wie in den Punkten 2 bis 12 beschrieben. Die Beschlussfassung von CETA muss ausgesetzt werden, bis Klarheit über das Verhandlungsergebnis bei TTIP besteht.</p> <p>Forderung 2 (urspr. 1): begrüßt erkennt den Ansatz eines Handels- und Investitionsabkommens mit den USA an, das die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze unterstützen kann, Unternehmen, vor allem kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), in der EU neue Möglichkeiten für den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen in den USA eröffnet verbesserten Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen in den USA gewährt und die Möglichkeiten für EU-Investitionen in den USA verbessert.</p> <p>Forderung 3 (urspr. 2): <i>unverändert</i></p> <p>Forderung 4 (urspr. 3): fordert, den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem Abkommen auszuklammern ... muss beibehalten werden. Probates Mittel ist der Ansatz einer Positivliste Der Münchner Stadtrat spricht sich für eine Positivliste aus, da es mittels einer Negativliste nicht möglich sein wird, das hohe Niveau der Daseinsvorsorge zu erhalten.</p>
--	---

	<p>Forderung 5 (urspr. 4): steht der angekündigten Erweiterung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen kritisch gegenüber und lehnt die Erweiterung ab. Die Gefahr, dass eine mögliche Koppelung von Ausschreibungen an soziale und ökologische Kriterien erschwert oder gar verhindert wird, ist zu groß. Dies gilt auch für die Gefahr, dass das Abkommen zu einer weiteren Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führt, die eine Erfüllung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Kommunen in Frage stellen.</p> <p>Forderung 6 (urspr. 5): erkennt an, dass das geplant Abkommen neue Chancen bei der zukünftigen Gestaltung von Freihandelsabkommen weltweit eröffnet, sieht aber auch kritisch, dass über bilaterale Abkommen der multilaterale Ansatz immer mehr in die Defensive gerät und die Verhandlungsposition und die Chancen im Welthandel von Entwicklungsländern geschwächt werden. Daher ist es besonders erforderlich, die jeweils erreichten Maßstäbe für nachhaltiges Wirtschaften und für den Arbeitnehmerschutz festzuschreiben und nicht durch das TTIP aufzuweichen.</p> <p>Forderung 7 (urspr. 6): fordert, dass die hohen EU-Standards für die Sicherheit und die Gesundheit der Verbraucher keinesfalls herabgesetzt werden. Jede Seite muss das Recht behalten, Umwelt-, Sicherheits-, Verbraucher-, Datenschutz-, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten so zu regeln, wie sie es für angebracht hält.</p> <p>Forderung 8 (urspr. 7): <i>unverändert</i></p> <p>Forderung 9 (urspr. 8): begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission, die bisherige Informationspolitik zu lockern ... die lokalen Gebietskörperschaften. Auch wenn die ersten Schritte in Richtung Transparenz richtig sind, so ist doch noch viel mehr Information, Transparenz und Beteiligung möglich. Dies werden wir einfordern. Wir bedauern, dass die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu TTIP nicht zugelassen wurde.</p> <p>Forderung 10 (urspr. 9): sieht die Notwendigkeit ... begleitet werden. Zudem ist sicher zu stellen, dass alle nationalen Parlamente über das Abkommen abstimmen werden.</p> <p>Forderungen 11 und 12 (urspr. 10 und 11): <i>unverändert</i></p>
2. bis 10.	Wie im Antrag des Referenten

gez.
Simone Burger
Stadträtin

gez.
Jens Röver
Stadtrat